

Umsteuern: Richtung Gemeinwohl!

Der heutige Stadtrat hat sich in zwei aktuellen Stunden gefragt: "Wie viel Marktwirtschaft ist für ein soziales Dresden nötig?" und: Wie sieht es aus beim "Klimaschutz in und nach der Corona-Pandemie"? Dass beides eng zusammenhängt, machte die Fraktion DIE LINKE deutlich. Margot Gaitzsch forderte, man müsse das Finanzsystem vom Kopf auf die Füße stellen, denn wer den Schutz unserer Umwelt und unserer natürlichen Ressourcen zur vordringlichen Aufgabe dieser Gesellschaft machen wolle, der müsse ökologisches Verhalten bezahlbar und praktikabel gestalten, deshalb "wollen wir den Ausbau des Radverkehrs genauso wie die Stärkung des Sozialtickets, denn die Erhaltung einer gesunden Lebensumwelt ist eine wichtige soziale Frage." Mehr noch: "Für die Anstrengungen für eine intakte Umwelt muss auch das Vermögen der Supereichen nutzbar gemacht werden, denn Eigentum verpflichtet - im Sinne des Gemeinwohls." Stichwort Gemeinwohl: Der Stadtrat debattierte heute auch unseren Antrag zu

Auszug aus unserem Antrag zur Gemeinwohlökonomie

"...die Gemeinwohlbilanzierung Dresdner Unternehmen wirksam unterstützen [...], um deren Engagement für Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitbestimmung [...] zu stärken. [...]"

- Durchführung eines Pilotprojektes zur Gemeinwohlbilanzierung von Eigenbetrieben der Landeshauptstadt Dresden und städtischen Beteiligungen [...]
- Auflage eines kommunalen Förderprogramms zur Unterstützung der Gemeinwohlbilanzierung von in Dresden ansässigen Unternehmen nach dem Standard der Gemeinwohl-Ökonomie.

Stärkung der Gemeinwohlökonomie. Dieser wurde durch eine konservative Ratsmehrheit abgelehnt. Dass die Konservativen uns jedoch nicht von einer gemeinwohlorientierten Politik abhalten können, machte André Schollbach in seiner Rede zur zweiten Aktuellen Stunde deutlich: "Das Gemeinwohl muss im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen und nicht die einseitigen Profitintressen einiger weniger. Und dazu können wir auch hier in Dresden beitragen. Zum Beispiel, indem wir standhaft die Ruhe des Sonntags gegen die wiederkehrenden Angriffe der Neoliberalen verteidigen. Zum Beispiel indem in unseren Krankenhäusern die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt steht und nicht die Ideologien von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Zum Beispiel, indem man dort, wo mit Wohnungen spekuliert wird und die Mieten nach oben getrieben werden, aktiv eingreift."



Ein Palast als Millionengrab?



Heute hat der Stadtrat ein Moratorium des wettbewerblichen Dialogs beim Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz debattiert. **Tilo Wirtz** nahm das Projekt Verwaltungsprojekt kritisch unter die Lupe: "Das geplante Verwaltungszentrum ist viel zu teuer. In der höchsten Kostenspanne für Büroräume sind derzeit bis zu 5.000 Euro pro Quadratmeter fällig. Der OB bestellt das Verwaltungszentrum für 6.000 Euro. Dabei hatte uns die Verwaltung zu Beginn eine Rechnung vorgelegt, die von 3.200 Euro pro Quadratmeter ausging. Jetzt sind wir bei den doppelten Kosten pro Quadratmeter." Stadtrat Wirtz verwies auf weitere Kritikpunkte in puncto Klimagerechtigkeit oder Konzepte offener Büroräume in Zeiten von Corona betrifft. Und ergänzte schließlich: "Das Verwaltungszentrum ist auch nicht notwendig. Was man uns nicht gesagt hat, ist, dass die DREWAG das World Trade Center ver-

lassen wird. Diese Flächen würden für die Stadtverwaltung bereitstehen, dort wären annähernd doppelt so viele Quadratmeter frei wie im Verwaltungszentrumzentrum - mietbar!. Wir sagen nicht, dass wir es generell verwerfen müssen, dieses Haus zu bauen. Aber wir brauchen einen neuen Ansatz für ein vernünftig gebautes Verwaltungsgebäude, bei dem im Verfahren auch der Stadtrat mitgenommen wird, damit es eine öffentliche Diskussion gibt."